Für eine neue deutsche Friedens- und Protestbewegung

Politischer Rahmen

Einführung

Dieses neue Programm will verantwortlich denkende Führungskräfte der deutschen Friedens- und Protestbewegung national und international informieren, vernetzen und als sinnvoll erachtete Zielsetzungen gemeinschaftlich verfolgen. Parallel schaffen alle Beteiligten damit neue synergetische Kontakte.

Um nun zu vermeiden, dass in diesem Zusammenhang Unklarheit entsteht, wird mit dieser politischen Rahmengrundlage ein festes Kriterium geschaffen für die Beurteilung politischer Positionen. Es handelt sich um einen politischen Ausschlusskatalog, der für alle Mitwirkenden zu 80% verbindlich ist – und dem nicht diametral entgegengewirkt werden darf.

Beispiel: Wenn hier in der Präambel steht, dass Deutschland die Eurozone verlassen sollte, wird in den Kundgebungen und Veröffentlichungen nicht der Euro gelobt – mitsamt allen Folgewirkungen: Schuldentransfer, ESM, Verlagerung der Entscheidungshoheit an ungewählte Brüsseler Körperschaften.

Präambel: ***Die ersten beiden Absätze sind obligatorisch.***

Alle Politik muss ein Dienst an den Bevölkerungen sein und der Freundschaft mit allen Nachbarstaaten verpflichtet. Ethik ist dabei der höchste Wert.

Wir drängen die globale Finanzmafia zurück – fahren Zinsen bis auf Null herunter und bringen die Geldschöpfung unter öffentliche Kontrolle. Spekulationsblasen dulden wir nicht, gesunde Nahrungsmittel und Wasser sind Menschenrecht.

Deutschland wird die Euro-Zone verlassen, sauber abgestimmt mit allen Freunden und Partnern – nicht als erstes Land, jedoch als zweites.

Wir beenden jede deutsche Beteiligung an Bundeswehr-Kampfeinsätzen außerhalb des Nato-Verteidigungsgebietes. Wegen fortdauernder Aggressivität der Nato und mangelndem Mitspracherecht wird der Austritt erwogen.

Deutschland verdient einen Friedensvertrag, endlich volle Souveränität und eine umfassende Verfassungsreform, vor allem für mehr Bürgerrechte, die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Menschen auf allen Ebenen ermöglichen und fördern.

Außenpolitik: Mit Augenmaß, gut abgestimmt mit Partnern und Freunden und ohne großen Wirbel verlässt Deutschland die Euro-Gruppe – nicht als erstes Land, um Missstimmung zu vermeiden, jedoch als zweites. Der Vertrag von Lissabon, über den die Bevölkerung nicht abstimmen durfte, wird nachträglich einem Volksentscheid unterworfen und im Ablehnungsfalle selbstverständlich aufgekündigt. Gleichzeitig legt die Bundesregierung abgesprochene Vorschläge für eine umfassende EU-Reform vor. Europa wird gestärkt und deutlich demokratisiert, mit mehr Mitbestimmung durch die Euro-Völker, Wahl aller Gremien, Beendigung der Entscheidungsmacht der jetzigen EU-Kommission. Notfalls kann Deutschland auch die EU verlassen. Die eigenständige Sanierungskraft hoch verschuldeter Euro-Länder ist prioritär zu fördern.

Zahlungen an verschuldete Euro-Länder erfolgen nur noch gegen dreifache Sicherheitsleistung und ab Förderbeträgen von insgesamt mehr als 20% des

betreffenden Bundeshaushalts ausschließlich nach Zustimmung der eigenen und der Empfänger-Bevölkerung.
Die Förderung internationaler Gewerkschaftspolitik geht auf die große Mehrzahl der Menschen in aller Welt zu.
Weltweites Eintreten für gerechten Frieden. Ungerechte und sinnlose Sanktionen werden beendet. Keine Abenteuer-Politik bei Regierungswechseln in anderen Ländern (Libyen, Syrien, Ukraine), grundsätzliche Beachtung der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Gerechter Frieden ist auch in Nahost zu fördern, eine deutsche Staatsräson für die Sicherheit Israels ist abzulehnen. Grundsätzlich gilt für Palästina die Ein-Staaten-Lösung nach südafrikanischem Vorbild und bei vollem Rückkehrrecht aller Palästinenser als erstrebenswert, Zwischenschritte („Zwei-Staaten-Lösung") werden selbstverständlich ebenfalls unterstützt.
Zur Friedenssicherung wird Deutschland unverzüglich seine Truppen aus der Nato-Struktur so lange herausziehen, bis die Nato sämtliche Einsätze außerhalb des Nato-Gebiets beendet hat. Sollte die Nato nicht binnen zwei Jahren wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden, muss der Nato-Austritt erfolgen. Deutsche Soldaten werden aus dem Nicht-Nato-Ausland („out of area") abgezogen und verbleiben fortan ausschließlich im Nato-Gebiet. Gleichzeitig werden schrittweise alle ausländischen Truppen aus Deutschland abgezogen. Truppeneinsätze benötigen künftig bessere Strategien. Wir sind und bleiben enge Freunde und Verbündete unserer EU-Nachbarn und Nato-Partner, diese Beziehungen wollen wir vorrangig besonders pflegen, vor allem im Interesse der Völker – doch deutsche Außenpolitik kann mehr als nur Nato-Bündnis- oder EU-Politik. Mit Russland und anderen Staaten oder Staatengruppen werden friedenswahrende Rückversicherungsverträge abgeschlossen.

Innenpolitik: Wir wollen mehr und besser bezahlte Polizisten, die wir persönlich kennen: als „Revierbeamte" mit erhöhter Straßenpräsenz. Geheimdienste sollen besser und ehrlicher zum Wohl der Bevölkerung arbeiten, das allein sichert das Land.
Deutschland braucht ein Ausländergesetz! Ausländer sind künftig, wie weltweit üblich, besser auszusuchen: nach bundesweit einheitlichen Maßstäben für erfolgreiche Integration und Einbürgerung. Migranten wollen wir künftig auch viel besser respektieren, behandeln und integrieren: schulen, in Lohn und Brot bringen, schneller einbürgern. Migranten ohne Integrationsbereitschaft werden zurückgewiesen. Die Bildung von Migrantenvierteln und aller kriminellen Banden wird tatkräftig unterbunden. Null Toleranz bei rassistischen Übergriffen.
In berechtigten Einzelfällen, in denen Asylsuchende in ihren Herkunftsländern eine akute Bedrohung ihrer Menschenrechte erleiden oder befürchten müssen, erhält die Bundesregierung eine verbesserte Handlungsbasis.
Mehr Volksinitiativen und Volksentscheide bei wichtigen Fragen in Bund und Land. Staatliches Entscheiden und Handeln muss Internet-basiert transparent und viel besser öffentlich kontrollierbar werden! Der Überwachungsstaat ist zu beenden – und Spionage von außen nicht mehr zu dulden.

Für eine neue deutsche Friedens- und Protestbewegung

Politischer Rahmen

Finanzen: Banken werden ehrliche Dienstleister, Zockerei wird verboten, Zins und Zinseszins werden abgeschafft. Marode Banken werden vorübergehend verstaatlicht und teilweise in kontrollierten Konkurs gehen. Manager haften für Fehlverhalten, Betrug wird strenger bestraft. Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und eine Börsentransaktionssteuer, um Großspekulanten einzubremsen. Diese Schritte werden international abgestimmt, durchgesetzt und eingeführt, genau wie das Verbot von Spekulantentricks: Derivate, Leerverkäufe und Termingeschäfte. Euro-Unterstützung zahlen wir nur noch gegen dreifache Sicherheit, um das Vermögen des deutschen Volkes abzusichern.
Künftig darf nie wieder eine nationale Währung Weltleitwährung sein! Denn es ist genau dieser Umstand, der in den letzten zehn Jahren immer wieder zu Kriegen geführt hat – und jetzt global brandgefährlich wird!
Steuern für Superreiche und auf Mega-Erbschaften steigen, Schwächere werden entlastet. Superreiche und Großkonzerne sollen freiwillig mehr Steuern in Deutschland zahlen – dies als soziales Mäzenatentum. Steuerverschwendung wird strenger geahndet und wirkungsvoller vermieden. Mehr Mitsprache für Steuerzahler!
Alternative und regionale Währungen sind ebenso zu fördern wie Tauschringe.
Die „Monetative" (nach Prof. Dr. Bernd Senf) verbietet Geldschöpfung durch Regierung oder private Einrichtungen und legt dieses Privileg ausschließlich in die Hände einer reformierten und wirklich unabhängigen Bundesbank. Dieses Prinzip ist eingebettet in das ebenfalls verfolgte „Viergliederungsprinzip" (nach Prof. Dr. Johannes Heinrichs) und angelehnt an das „Dreigliederungsprinzip" (nach Dr. Rudolf Steiner).

Wirtschaft & Technologie: Wirtschaft dient allen Menschen, dies ist ebenfalls Aufgabe der Politik: Unternehmen, die sozial, ökologisch, menschenfreundlich und flexibel arbeiten, erhalten Steuererleichterungen. Familienunternehmen, Genossenschaften und Stiftungen sowie Mitarbeiterbeteiligung werden ebenso gefördert wie Solidität und Stabilität der Unternehmensfinanzen – auch durch die bilanzielle Wiederzulassung stiller Reserven.
Förderung von lokaler Wirtschaft und handwerklicher Eigenproduktion. Förderung von Open-Source-Ökonomie. Neue Anreize für Superreiche und Großkonzerne, zum Gemeinwohl beizutragen (Mäzenatentum).
Geeignete neue Technologien und Erfindungen werden gefördert und schneller in Produkte umgesetzt. Unterdrückung von Erfindungen aus eigensüchtigen Motiven sowie Kartellbildung werden nicht mehr geduldet und wirksam unterbunden.
Eingebaute Produktalterung (Obsoleszenz) wird ein Straftatbestand, die Mindestgarantiefrist auf drei Jahre verlängert, so fördern wir Wertarbeit und den Verzicht auf Billigprodukte.
Schutz vor Spionage und Benachteiligung im Ausland, besserer Übernahmeschutz, Ende sinnloser internationaler Sanktionspolitik.

Für eine neue deutsche Friedens- und Protestbewegung

Politischer Rahmen

Arbeit & Soziales: Jeder arbeitsfähige Mensch geht einer Beschäftigung nach. Ist diese unentgeltlich, erhält jeder gemeinnützig Tätige ein solidarisches Grundeinkommen, das deutlich über den Sozialleistungen von Hartz-IV liegt.
Wir wollen einen Mindeststundenlohn von 10 Euro, unterhalb von 8,50 wird nicht diskutiert.
Künftig erhalten alle Einkommenslosen eine Liste der in ihrer Umgebung tätigen gemeinnützigen Organisationen. Wer Grundeinkommen erhalten will, wählt unverzüglich den künftigen Wirkungskreis aus und nimmt seine Tätigkeit auf – oder setzt eigene Ideen um: mit amtlicher Zustimmung kann das sofort beginnen! Diesem Verfahren des „Bedingten Grundeinkommens" folgt etwa 3-5 Jahre später das „Bedingungslose Grundeinkommen". Ziel in jedem Fall: Sinnvolle Arbeitswelten für alle gemäß ihren Wünschen und Fähigkeiten frei von Existenzproblemen. Billiglöhne und Schein-Leiharbeit werden unterbunden.
Volle Gleichberechtigung der Geschlechter bei Einstellung, Einkommen und Aufstiegschancen.
Familien erhalten großzügige Förderung. Das Auseinanderdriften von Arm und Reich wird gestoppt und zurückgefahren. Die Solidarität aller Menschen untereinander wird gestärkt.

Verteidigung: Eine reine Berufsarmee ist mit der bewährten Idee des Bürgers in Uniform schwer vereinbar. Die großen Herausforderungen der Zukunft, auch an die künftig erweiterte Freiheit und Mitsprache der Bürger, verlangen die Rückkehr zur Wehrpflichtarmee. Wer gemäß seiner Gewissensfreiheit keinen Wehrdienst leistet, wird zu einem Sozialen oder Ökologischen Jahr nach eigener Wahl verpflichtet. Das bewährte Prinzip der Inneren Führung, das jedem Soldaten Gewissensfreiheit garantiert, wird wieder bestärkt.
Bewaffnete Bundeswehreinsätze im Inneren und bei inneren Auseinandersetzungen sind ausgeschlossen – auch in anderen Ländern. Die Bundeswehr soll eine starke, gut gerüstete, mobile und vernetzte Verteidigungsarmee sein – mit voller Solidarität aller Bürger.

Bildung und Forschung: Große Investitionen in Bildung und Forschung machen Deutschland wieder zur führenden Nation in diesem Bereich. KiTa-Plätze für alle Kinder ab drei Jahren, für jüngere nur auf Wunsch der Eltern. Die elterliche Kindererziehung bis zum Erreichen des dritten Lebensjahres wird gefördert. Schulklassen unter 20 Kinder, große Erweiterungen bei den Universitäten, aufgestockte Budgets in der Forschung. Deutlich bessere bauliche und technische Ausstattungen überall. Förderung betrieblicher Verzahnung und deutlich mehr wissenschaftliche Freiheit und Unabhängigkeit gehören unbedingt zusammen: mit transparenter Finanzierung sowie allgemein zugänglichen Forschungsergebnissen. Abschaffung von Schulzwang und das Recht auf freies Lernen, Förderung selbstbestimmter, praxisbezogener, erlebnisorientierter Bildungsformen – mit Ergebniskontrolle.
Unabhängige, dem Gemeinwohl verpflichtete Mediennetzwerke mit transparenter Redaktionspolitik, Abschaffung des Zwangsbeitrags zur Finanzierung des

öffentlich-rechtlichen Rundfunks und ein Verbot der Zusammenarbeit zwischen Meldebehörden und jeglichem Gebühreneinzug.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 50% mehr Kindergeld, Verlängerung des Elterngeldes auf drei Jahre – endlich genügend Kitas für alle!
Förderung der natürlichen Familienbeziehung Mutter-Kind-Vater: Intakte Familien in geordneten Verhältnissen, in denen verheiratete, leibliche Eltern ihre eigenen Kinder erziehen, erhalten € 5.000 für das erste Kind, € 10.000 für das zweite und noch einmal € 10.000 für das dritte Kind. Steuerfrei, bar, pfändungssicher und zusätzlich zu allen anderen Leistungen. Homo-Ehe: ja – Adoptionen nur als gut begründete Ausnahmen! Förderung der individuellen, spontanen und natürlichen Geburt, Aufwertung des Berufs der Hebammen, mehr Unterstützung für junge Mütter. Frauen erhalten Hilfe für den Wiedereinstieg in den Beruf. KiTa-Plätze für alle Kinder ab drei Jahren, bessere Personalausstattung von Erziehungseinrichtungen. „Gender Mainstreaming", die Gleichmachung der Geschlechter, wird nicht mehr gefördert, gleichwohl sind und bleiben Mann und Frau Träger gleicher, unveräußerlicher Rechte.
Mehrgenerationsgemeinschaften, in denen ältere Menschen geachtet werden und in der Gemeinschaft ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechend Aufgaben bis zu ihrem Lebensende erfüllen. Senioren werden auf Wunsch besser betreut, mit deutlich mehr Personal.
Jugendarbeit vertritt die Interessen der Jugend bei der Entdeckung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit und fördert Selbstorganisation, Eigenaktivität und verantwortungsvolle Teilhabe der Jugendlichen an der Gemeinschaft.

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Menschen stehen in der hohen Verantwortung, die natürlichen Grundlagen für alle Lebensformen zu bewahren. Darum erhalten Umwelt- und Naturschutz bedeutenden Vorrang.
Stärkung und Weiterentwicklung der Nationalen Naturlandschaften, Verbesserung der Betreuungssituation in Schutzgebieten, Förderung nachhaltiger und naturschonender Landnutzung, Schaffung lokaler Stoff- und Energiekreisläufe, Abschaffung des Anschlusszwangs an die Kanalisation bei kontrolliertem Betrieb eigener Abwasserreinigung, Umstieg von zentraler auf dezentrale Energieversorgung mit Ausbau regenerativer und alternativer Energieversorgung. Ausstieg aus der Atomkraft. Verbot der künstlichen Beeinflussung der Atmosphäre.
Umweltverbrechen werden stärker verfolgt und bestraft, vor allem was die Bereiche Erdöl, Erdgas und Radioaktivität angeht.

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Recht auf natürliche, gesunde Lebensmittel. Genmanipulierte Produkte gehören nicht in die Nahrungskette! Schrittweise Umstellung auf ökologische, pestizid- und gentechnikfreie Landwirtschaft (Höchststandard: Demeter.) Dies geschieht freiwillig und mit steuerlicher Förderung. Junge Menschen helfen dabei in ihrem

sozialen/ökologischen Jahr und erlernen so den Bezug zur Natur.
Förderung nachhaltiger Land- und Forstbewirtschaftung, Schutz und Regeneration von Böden mit nachhaltigem Humusaufbau. Bienenvölker werden als natürliche Lebensgrundlage gesetzlich besser geschützt. Bewahrung und Förderung altbewährten Saatgutes. Keine Patentrechte auf Lebewesen. Artgerechte Tierhaltung und Fütterung und somit eine Abschaffung der Massentierhaltung. Dabei erfolgen sämtliche Umstellungen in enger Abstimmung mit allen Beteiligten.
Wasserversorgung und andere Naturgüter gehören nicht in Konzernhände! Lobby-Eingriffe in Verbraucher- und Naturschutz werden verboten, die Unabhängigkeit der Forschung wird bestärkt und kontrolliert.

Gesundheit: Ganzheitliche Heilkunde und alternative Medizin. Überteuerte Kartellmedizin wird durch wirkungsvollere, höherwertige und preisgünstigere natürliche Methoden ersetzt. Aufbau ganzheitlicher Gesundheitszentren und Förderung von Solidargemeinschaften und alternativer Absicherungen im Krankheitsfall mit dem Recht auf freie Therapiewahl.
Reform und Weiterentwicklung des Nahrungsmittelstandards Codex Alimentarius zur nachhaltigen und ökologischen Ausrichtung.
Kritischer Umgang mit Impfungen, vor allem bei Kindern, Antibiotika, Chemotherapie, Quecksilber (Amalgam-Zahnfüllungen!) und Aluminium.
Strengere Grenzwerte für Elektrosmog und Radioaktivität.
In die notwendige Forschung, Standardisierung und überfällige Gesamtreform wird zügig und kräftig investiert, insbesondere auch in der Wissenschaft. Der Einfluss weniger Pharma-Riesen wird ebenso zurückgedrängt wie die Profitgier im Gesundheitswesen. Endlich bessere Bezahlung für Pflegeberufe und Hebammen!

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Voll-Ausbau der Bahn zum großen Logistik-Dienstleister, keine Privatisierung, Zusammenarbeit mit Privatfirmen, deutlich weniger und kleinere LKW auf den Straßen. Großprojekte mit enger Einbindung der Bevölkerung. Grünere Städte, „essbare Städte" (Nutzpflanzen für die Allgemeinheit auf öffentlichen Grünflächen). Reform der Energieeffizienzpolitik. Ökologisches Bauen mit modernen Methoden und Techniken nach baubiologischen Standards. Förderung regionaler Selbstverwaltung, keine Privatisierung kommunaler und staatlicher Basisaufgaben! Regional unabhängige Wasser-, Strom- und Wärmeversorgung.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Fairer Handel mit allen Völkern und Nationen. Internationale Unterstützungsleistungen werden künftig zusätzlich in verantwortlichen Patenschaften organisiert – und müssen den Interessen und Bedürfnissen der empfangenden Völker dienen.

Justiz: Recht darf kein Privileg der Wohlhabenden oder Mächtigen sein. Gerechtigkeit soll vor Gericht siegen. Ausbau des Justizwesens, weniger machtpolitischer Einfluss, mehr Unabhängigkeit, schnellere Verfahren. Bürgerrechte und –schutz sind deutlich zu stärken.